



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

9/XVII/8 - 26. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Es geht um die Zukunft Europas

32

In Brüssel darf es keinen Misserfolg geben  
Von WILHELM DIERCKEBOCK, mit  
weiterführender der Sozialistischen Produktion  
des Europäischen Parlamentes.

3

Schweiz ohne Nachbarn

40

Die Schweiz als Umschweife der Diplomatie  
Von BRUNO KURTEN, Genf

4 - 6

Frankreich 1962

150

Umsturz oder Erneuerung  
Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

7 - 8

Solidarität mit Deutschlands Hauptstadt

100

Die Tagung des Deutschen Städtetages in Berlin

\* \* \*  
\* \*

10. Januar 1962

Es geht um die Zukunft Europas

Von Willi Birkelbach, MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion  
des Europäischen Parlamentes

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich in den vier Jahren ihres Bestehens nach Ansicht aller, auch der ausenstehenden Beobachter, außerordentlich günstig entwickelt. Manche unter ihnen werden daher sehr erstaunt darüber gewesen sein, dass der für den 1. Januar 1962 vorgesehene Übergang zur zweiten Stufe nicht längst fristgerecht und formell vom Ministerrat beschlossen worden ist. Jedenfalls hätte man angesichts des fortschreitenden wirtschaftlichen Aufstiegs in allen Ländern der Gemeinschaft mit einem reibungslosen Übergang rechnen können. Auch vor unerwarteten und nicht vorausschaubaren Schwierigkeiten kann nicht die Rede sein.

Für die Regierungen, insbesondere für die Bundesregierung, war es jedoch zu keiner Zeit zweifelhaft, dass die ungelösten Agrarfragen den Prüfstein für den Willen zum Übergang zur zweiten Stufe abgeben würden. Der Bundestagswahlkampf und später die zeitraubenden Verhandlungen über die Regierungsbildung waren nach Ansicht der Bonner Verantwortlichen erst zu übersehen, bevor man sich festlegen wollte. Es kam ja in erster Linie darauf an, die bürgerlichen Wähler nicht zu verprellen.

Wie die Dinge nunmehr liegen, hat es im Augenblick wenig Sinn, die in den ersten Verhandlungen des Ministerrates bereits beschlossenen Einzelregelungen auf dem Gebiet der Agrarpolitik näher zu betrachten oder zu untersuchen, was in diesen Tagen noch zu fixieren sein wird. Die Frage, ob der Übergang zur zweiten Stufe mit Wirkung von 1. Januar 1962 vollzogen wird oder nicht, ist von überragender allgemeinpoltischer Bedeutung für das Werk der europäischen Einigung.

Karten auf den Tisch

Die Verhandlungen im Rahmen des Ministerrates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterscheiden sich grundlegend von klassischer Regierungsverhandlungen. Der Vertrag von Rom zwingt die Regierungen, nicht mittelst durch die Bindung an bestimmte Fristen und Regeln, ihre Karten auf den Tisch zu legen. Jede der beteiligten Regierungen wird alles tun, um nicht zu guter Letzt den Schwarzen Peter der Isolierung in der Hand zu behalten. Dieser heilige Zwang macht es schier undenkbar, dass die Rücksichtnahme auf einzelne Interessengruppen, dass eine rationale außerpolitische Überlegung allein und für sich genommen ausreichen könnte, die Weiterentwicklung zu blockieren und damit die Gemeinschaft als Ganzes zu schädigen.

Die Verzögerung der Entscheidung des Ministerrates hat sowohl in der sechs Mitgliedsstaaten als auch in vielen anderen Ländern die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wochenlang in den Mittelpunkt öffentlicher Hörerungen gerückt. Damit wurde für viele, die es bisher noch nicht wussten, eindeutig klar, dass es diesmal in Gegensatz zu zahllosen früheren Europa-Diskussionen nicht länger um theoretische Fragen, sondern um harte Interessen geht, und dass diese Wirtschaftsgemeinschaft für eine Reihe von Gebieten der Ort geworden ist, wo politische und wirtschaftliche Entscheidungen fallen, an die die Partner gebunden sind und die auf nationaler Ebene nicht wieder in Frage gestellt werden können.

Sollte, was zu hoffen ist, der Beschluss für den Übergang zur zweiten Stufe in den nächsten Tagen gefasst werden, dann wäre es denkbar, dass das harte Ringen, das vorausgegangen ist, nicht nur als eine Belastung anzusehen wäre: grosse Teile der Bevölkerung werden ihre Aufmerksamkeit auch in Zukunft in verstärktem Masse der Tätigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zuwenden. Eine solche Hinwendung der politisch Interessierten zum Geschehen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist nach dem Übergang zur zweiten Stufe um so dringender erwünscht, als diese zweite Stufe in vielen Fällen die Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit und den Übergang zur Mehrheitsentscheidung im Ministerrat mit sich bringt. Eine Mehrheitsentscheidung macht jedoch die Kontrolle dieser Entscheidungen durch das jeweilige nationale Parlament unmöglich - ein Grund mehr dafür, dass das Europäische Parlament wirksam als Kontrollorgan eingeschaltet wird. Das könnte ohne ausdrückliche Vertragsänderungen, zum Beispiel durch die Herausbildung gewisser Gepflogenheiten im Verhältnis zwischen Ministerrat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament, geschehen.

#### In vier Jahren: letzte Etappe

Der Übergang zur zweiten Stufe ist also mehr als das Hinterlassen der Anfangsetappe. Sobald er vollzogen ist, wird damit in verstärktem Masse ein Prozess fortgeführt, der nicht aufgehoben, geschweige denn umgekehrt werden kann. Wohl ist nochmals ein Übergang, spätestens in vier Jahren, in die letzte der drei Etappen zu vollziehen; aber dann gelten andere Regeln: während für den Übergang zur zweiten Stufe der Einspruch einer Regierung ausreicht, um ihn zu blockieren, kann der nächste Schritt nur verzögert werden, wenn alle Partner und die EWG-Kommission mit der Verzögerung einverstanden sind. Und bis dahin werden ausserdem die Zollmauern zwischen den Mitgliedstaaten bis auf geringe Reste abgebaut sein.

Niemand kann im Augenblick mit Sicherheit wissen, ob die Mini-gung im Ministerrat gelingen wird. Gewiss wäre der rein materielle Nachteil im Falle eines Misserfolges nicht sehr gross; es träte gewissermassen nur eine Verzögerung um zunächst zwölf Monate ein. Aber alle Beteiligten wissen: Dann wäre die inzwischen so selbstverständlich gewordenen Zukunftsgewissheit, das Selbstvertrauen der Gemeinschaft empfindlich getroffen. Und das könnte sowohl zu wirtschaftlichen als auch politischen Rückwirkungen allergrössten Ausmasses führen. Könnten die Unternehmungen dann ihre Investitionen und Verkaufsplannungen noch weiterhin mit solcher Zuversicht auf den grösseren Markt ausrichten, wie sie es in den letzten Jahren taten? Würden die "dritten Länder" auch dann noch mit solchem Eifer danach drängen, möglichst rasch ihre künftigen Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vertraglich zu ordnen? Mit diesen wenigen Bemerkungen sollte nur angedeutet werden, um was es in Wirklichkeit geht: um die Zukunft des so hoffnungsvoll begonnenen Unternehmens, über die Verschmelzung der Volkswirtschaften zur politischen Einigung Europas zu gelangen. Es darf daher keinen Misserfolg in Brüssel geben.

### Schutzmacht ohne Machtmittel

Von Bruno Kuster, Genf

Obwohl man den Kleinstaat Schweiz nicht gut als eine Macht im landläufigen Sinne des Wortes bezeichnen kann, spielt er die "Schutzmacht" anderer und teilweise sehr mächtiger Staaten eine einzigartige Rolle. Diese Aufgabe bringt die neutrale Schweiz, die sich selbst jeder Mischung in internationale Streitigkeiten enthält, in engsten Kontakt gerade mit den am meisten spannungsgeladenen Punkten der politischen Geographie. Man könnte hier die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem ägyptisch-französischen Konflikt auf die diplomatischen Dienste, welche die Schweiz auf Ansuchen hin für Drittländer leistet, aufmerksam, verweist sie doch in Kairo die Interessen der Regierung von Paris.

#### "Hauptkunde": Naher Osten

Dieses Beispiel stellt allerdings keinen Sonderfall dar. Insgesamt verleiht die Schweiz nicht weniger als zehn Staaten in elf anderen. Der bedeutendste "Kunde" ist Frankreich, dessen Interessen nicht nur in Ägypten, sondern auch in Jordanien, Syrien, Irak und in Tunesien vertreten werden müssen. In diesem letzteren Lande beschränkt sich die Dienstleistung der Schweiz allerdings auf die diplomatische Vertretung, da Frankreich in Tunesien eigene Konsulate unterhält. Und der gewichtigste "Kunde" sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich zur Zeit mit Fidel Castro nicht direkt, sondern nur durch Vermittlung des kleinen Alpenlandes jenseits des Atlantik unterhalten können. Doch beansprucht der Kolle Gater die schweizerischen Dienste am intensivsten. Außer der bereits erwähnten Vertretung französischer Interessen in fünf arabischen Ländern, nimmt die Schweiz auch die Interessen des Irak in Frankreich, diejenigen Belgiens in Ägypten und Syrien, jene des Iran in Israel und diejenigen der Türkei in Ägypten wahr. Mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und London konnte die Schweiz vor einiger Zeit die Behandlung der britischen Angelegenheiten der neuen Mission Londons in Kairo übernehmen.

#### Zwischen den Blöcken

Einige Vertretungen berühren auch den Ost-West-Konflikt. Nach der Abgabe der amerikanischen Interessenvorstellung in Sofia, die während eines ganzen Jahres ausgeübt wurde, verbleibt noch die Vertretung Brasiliens in Rumänien, Russlands in Spanien und der Philippinen in Bulgarien. Sogar die neuen Staaten Afrikas nehmen die guten Dienste der alten Schweiz in Anspruch, würde sie doch von Togo um Interessenvorstellung in Nigeria ersucht. Die Inanspruchnahme der schweizerischen Vermittlung soll in diesen Fällen aber nicht auf einen Mangel an gegenseitigen freundschaftlichen Gefühlen zurückzuführen sein, sondern lediglich auf den Umstand, daß man noch keine Zeit gefunden habe, sich mit den Anstößen von diplomatischen Missionen zu befassen.

Bemerkenswert ist, daß die Dienste der Schweiz sowohl von den sogenannten "westlichen", als auch von "östlichen" (in Falle Rumänien) wie auch "junger" Staaten in Anspruch genommen werden. Diese Tatsache stellt eine einzigartige Vertrauensumgebung für die Neutralitätspolitik der Schweiz dar, deren bedingungslose Aufrechterhaltung Voraussetzung ist dafür, daß die Schweiz ihre guten Dienste auch zukünftig der ganzen Welt zur Verfügung stellen kann.

## Frankreich 1962

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

De Gaulle versprach den Franzosen für Ende 1961 den Frieden in Algerien. Das Versprechen ist nicht eingelöst worden, das Ende des Algerienkrieges ist aber doch in greifbarer Nähe gerückt. Man weiß jetzt, daß die Geheimverhandlungen zwischen Paris und der FLN in den letzten Monaten in wesentlichen Punkten erfolgreich waren.

### Frieden in Algerien?

Die Besprechungen in Rom und in der Schweiz werden mit größter Diskretion geführt, dennoch sind die Umrisse des geplanten französisch-algerischen Abkommens sichtbar. De Gaulle hat den Algeriern die Souveränität nicht nur über das eigentliche Algerien, sondern auch über die Sahara formell zuerkannt. Die FLN ist andererseits bereit, Frankreich an der Ausbeutung des Erdöls zu beteiligen und bestimmte Stützpunkte an die Franzosen zu "verpachten".

Lange wurde über das Statut der französischen Minderheit in Algerien debattiert. Die französische Regierung verlangt das Recht der Algerienfranzosen auf doppelte Nationalität, die FLN wünscht eine Entscheidung zwischen algerischer Staatsbürgerschaft und einem Ausländerstatut. Auch hier scheint sich ein Kompromiss anzubahnen.

Die Dauer und Form des Übergangsregimes bis zur Volksabstimmung sind ein weiterer Streitpunkt. Frankreich will auf die Machtausübung während des provisorischen Regimes nicht verzichten, die FLN fordert internationale Kontrolle. Auch in diesem Problem haben sich die Standpunkte angenähert. Entscheidend ist der Verständigungswille auf beiden Seiten. Im Hinblick auf die internationale Lage, vor allen aber angesichts der rechtsradikalen Putschgefahr in Frankreich und Algerien, sind de Gaulle und die FLN gleicherweise daran interessiert, so rasch als möglich den Krieg ein Ende zu setzen und die versprochene Algerische Republik zu verwirklichen.

### Die Doppelrolle der OAS

Lange Zeit glaubte man, die Wiederherstellung des Friedens werde die rechtsradikale Putschgefahr in Frankreich bannen. Jetzt zeigt es sich, daß mit dem Vorrücken der algerischen Lösung für Frankreich selbst "algerische Zustände" beginnen. Der gegenwärtige OAS-Terror und die beginnende Linksradikalisierung sind Auftakt für größere, entscheidende Auseinandersetzungen.

Eine interessante Frage stellt dieser Tage der "Populaire", das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs: Ist die OAS eine herkömmliche, innerfranzösische rechtsradikale und anti-republikanische Bewegung oder eine neue "Nationalbewegung" der Algerienfranzosen, mit dem Ziel der Errichtung einer "Republik Französisch-Algerien", ebenso wie die FLN die Nationalvertretung der Algerier ist? Mit anderen Worten, ist die bewaffnete Aktion der OAS vor allen ein innerfranzösischer Bürgerkrieg gegen die dem-

kratische Republik oder ein kalter Krieg überhaupt gegen ein Frankreich, das sich immer mehr aus Algerien zurückziehen und auf das Mutterland beschränken will?

Es handelt sich dabei um keine Haarspalterei, wenn man bedenkt, daß die einfachen französischen Soldaten in Algerien seit mehreren Monaten von den Algerienfranzosen und ihrer Geheimarmee beschimpft und mißhandelt, gelegentlich ermordet werden. Die Ultras werfen den Söhnen des französischen Volkes vor, den letzten Putsch des Generals Salan im April 1961 boykottiert und sabotiert zu haben. Tatsächlich war das Verhalten des "Contingents" mit dem der Marine, nach dem Rundfunkappell General de Gaulles ausschlaggebend für das militärische Scheitern des Putsches.

Dies war aber auch die eigentliche Geburtsstunde der OAS. General Salan wollte noch in April die französischen Soldaten des Contingents entlassen und dafür die Algerienfranzosen bewaffnen. Als Bürgerkriegsgarde gegen die FLN und gegen die "gaullistische" Armee oder als Kern einer "französisch-algerischen Nationalarmee"? Gewiß sind beide Tendenzen miteinander verquickt. Das nächste Ziel der OAS ist der Sturz der gegenwärtigen 5. Republik. Erst wenn die Putschpläne in Paris scheitern sollten, würde sich die rechtsradikale Untergrundbewegung bis auf weiteres auf ein bestimmtes Gebiet in Algerien, auf die Fortsetzung des Kleinkrieges "beschränken".

#### Politische Konsequenzen für Frankreich

General de Gaulle hat in seiner Neujahrsbotschaft eine Bilanz der 5. Republik gezogen, die er nicht nur der 4., sondern auch der 3. Republik gegenüberstellt. Die "Omnacht des Parteienregimes" habe in Frankreich nicht nur in der Zeit von 1948-58 Bankrott gemacht, sondern sei auch für die militärische Niederlage von 1940 verantwortlich. Dieses Lied ist nicht ganz neu, wurde aber schon lange nicht gehört. Der gegenwärtige Staatsoberhaupt knüpft hier an Argumente an, die schon sein alter Gegenspieler, Marschall Pétain verwendete!

Der Streit um die Ursachen des französischen Zusammenbruchs von 1940 wird damit wieder angefaßt und angesichts des neuen Rückzuges auf höherer Ebene fortgesetzt; der Zerfall des französischen Kolonialreiches (von dem der Algerienkrieg das letzte Kapitel darstellt) ist ja auch ein Ergebnis des Pflaunders von 1940.

Die "Schuldfrage" ist keine bloße rhetorische Floskel, sondern ein folgenschweres politisches Problem. In zwei historischen Prozessen wurde die Frage in diametral entgegengesetzter Richtung beantwortet. Im Rick machte noch während des 2. Weltkrieges das Vichyregime den führenden Politikern der 3. Republik, vor allem dem Sozialistenführer Léon Blum, den Prozeß: sie sollten durch ihre "Parteiengewirtschaft", durch die Streiks und die Sozialreformen von 1936 für die militärische Niederlage verantwortlich gemacht werden. Die Gewerkschaftsbewegung und der Parlamentarismus saßen auf der Anklagebank. Marschall Pétain wollte damit seinen autoritären Ständestaat rechtfertigen. Bald verwandelten sich die Angeklagten aber in Ankläger

Nach dem Krieg machte die 4. Republik den Vichyregime den Gegenprozeß und verurteilte die Zusammenarbeit Pétains mit Hitler. Auf der Anklagebank saßen diesmal die Offiziersklasse, ein gewisser Teil der französischen Bourgeoisie und die rechtsradikalen Feinde der

Republik. Der autoritäre Ständestaat wurde begraben, die parlamentarische Demokratie gerechtfertigt.

Unvernünftlicherweise werden auch jetzt für die Zeit nach dem Algerienkrieg neue Schulfragen und neue politische Prozesse vorbereitet. Für die rechtsradikale Untergrundbewegung der OAS sind die 4. und die 5. Republik die Schuldigen, von Mendes-France bis de Gaulle: sie haben das Kolonialreich von Indochina bis Algerien "verschachert" und bereiten jetzt "die größte Kapitulation unserer Geschichte" vor. Darum muß zur "Sühne" die Republik gestürzt und eine "nationale" Diktatur errichtet werden.

Für die Linksparteien hingegen muß das Ende des Kolonialismus zur Liquidierung der rechtsradikalen Verschwörer und zu einer revolutionären Erneuerung der französischen Demokratie führen. Welchen Weg wird Frankreich nun einschlagen? 1940 entschied Hitlers Triumph, automatisch auch Frankreichs Innenpolitik, 1945 bestimmte der Sieg der Alliierten Frankreichs Rückkehr zur Republik. Diesmal ist - zum Unterschied von 1940 und 1945 - weder der eine noch der andere innenpolitische Ausweg durch internationale militärische Entscheidungen vorbestimmt. Die Franzosen müssen und werden diesmal die weitere Form ihres Staates selbst entscheiden müssen.

#### Ist der Gaullismus von Dauer?

De Gaulles Regime stand in den letzten Jahren irgendwo in der "Mitte" zwischen den eigentlichen Lösungen, zwischen Krieg und Frieden in Algerien, zwischen parlamentarischer Demokratie und Diktatur in Frankreich, zwischen Links- und Rechtsopposition. De Gaulle trat seit 1958 als politischer Schiedsrichter auf, als Schlichter und Versöhner. Der rechtsradikale Hauptstich hatte ihn zur Macht getragen, er akzeptierte sie aber erst mit der Zustimmung des Parlaments und nach der Volksbestimmung.

Der General nahm Soustelle und andere Hauptgegnern in seine erste Regierung, aber auch die Köpfe des parlamentarischen Systems, Guy Mollet, Pinolin und Pinay. Alle diese Köpfe sind seither aus de Gaulles Regierung ausgeschieden und in mehr oder weniger heftige Opposition getreten. Die OAS auf der einen, die demokratischen Parteien und Gewerkschaften auf der anderen Seite richten das Kreuzfeuer gegen einen Staat, der durch verschiedene Fronten und Geheimorganisationen zerstückt ist.

Im Kampf gegen die wachsende Opposition von rechts und links wurde der gaullistische Staat immer autoritärer. Mit dem nahenden Kriegsende in Algerien wird es immer schwerer, die gaullistische "Mitte" zu halten. Das gaullistische Regime erweist sich immer deutlicher als Übergangsregime - aber wohin? Zu einem noch strengeren Regime, vielleicht zu einer offenen Militärdiktatur oder zu einer erneuerten parlamentarischen Demokratie? Die Kraftprobe ist nur hinausgeschoben.

Ziel und Zweck des gaullistischen Regimes war seit 1958 die Beilegung des algerischen Drama und die Verhinderung des Bürgerkrieges in Frankreich. De Gaulles Neujahrsbotschaft bedeutet, daß das gegenwärtige Regime keineswegs bereit ist, mit dem Ende des Algerienkrieges abzutreten, sondern vielmehr die begonnene autoritäre "Staatsreform" fortzusetzen und vervollständigen will. Einen offenen rechtsradikalen Umsturz soll damit "vorgebeugt", zugleich aber auch die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie verehrt werden. In welcher Maße werden diese Absichten und Pläne aber in der Zukunft, sein, de Gaulles Persönlichkeit zu überleben?

### Solidarität mit Deutschlands Hauptstadt

A.K. - Der Deutsche Städtetag, der kommunale Spitzenverband für die deutschen Großstädte, hat sich immer um eine Hilfe für das bedrängte Berlin bemüht. Er ließ es nicht bei Sympathieerklärungen bewenden, sondern gab an seine Mitgliedsstädte Empfehlungen für praktische Hilferöglichkeiten, deren Auswirkungen erfreulicherweise schon in vielfältiger Form in dieser Stadt wirksam geworden sind.

Eine besondere Betonung hat dieses Bemühen jetzt durch die gemeinsame Tagung von Präsidium und Hauptausschuß des Städtetages im Berliner Ernst Reuter-Haus erfahren. Die Zahl der Teilnehmer aus den deutschen Großstädten, Oberbürgermeister und leitende Kommunalbeamte, war besonders groß; hinzugekommen waren noch zahlreiche namhafte Kommunalpolitiker aus 11 Ländern Europas, Afrikas und Asiens, die einer Einladung des Deutschen Städtetages nach Berlin folgten. Tagungen des Deutschen Städtetages dienen der Sachberatung und Stellungnahme zu gemeindepolitischen Problemen, Fragen der kommunalen Finanzreform, des Verkehrs, der kulturellen Arbeit, der Stadtgründungen und weitere Hilferöglichkeiten durch die Städte und Gemeinden für Berlin; standen auf der Tagesordnung. Mehr noch war es aber die erklärte Absicht des Deutschen Städtetages, dieses Zusammentreffen von Kommunalpolitikern aus dem In- und Auslande, zu einem besonderen Bekenntnis für die gesplattene Stadt, für das freie Berlin, werden zu lassen.

#### Vor der Mauer

Das, was der Deutsche Städtetag hier sehr sorgfältig vorbereitet, an Informationsmöglichkeiten und durch eine unmittelbare Gegenüberstellung mit der Lage Berlins nach dem 13. August geboten hat, ist eine verdienstvolle Leistung, die eine nachhaltige Wirkung nicht verfehlen kann:

In einem aus Anlaß der Tagung herausgegebenen dreisprachigen Sonderheft der Zeitschrift "Der Städtetag" über die gesplattene Stadt, das im Rahmen einer internationalen Aufklärungsaktion, an Kommunalpolitiker in aller Welt verschickt wird, ist in ausgewählten Beiträgen ein eindrucksvolles, aber auch erschütterndes Bild von der belagerten Stadt vermittelt worden.

Der Besucher Berlins will sich diese Stadt ansehen und sich von ihrem Wiederaufbau- und Neubauleistungen überzeugen. Eine Rundfahrt der Gäste des Deutschen Städtetages bot hierfür eine gute Gelegenheit. Zu einem erschütternden Erlebnis wurde die Fahrt zur Mauer der Schande und der Tränen, die jetzt das freie Berlin von der Menschen im Osten der Stadt gewaltsam getrennt hat. Die Fahrt an der Mauer entlang, unvergeßlich die Bernauer-Straße, ließ die in- und ausländischen Gäste veratmen.

#### Willy Brandt: Drei Aufgaben

Die große öffentliche Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages gab seinem Präsidenten, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, die Gelegenheit, die deutschen Städte und Gemeinden aufzurufen, noch stärker als bisher ihrer Verbundenheit mit Berlin durch praktische Hilfe zum Ausdruck zu bringen. Aus der Fülle der Möglichkeiten ideeller, materieller und persönlicher Art wurden u.a. genannt,

die Steigerung der Vergabe von Aufträgen nach Berlin für den kommunalen Bedarf, insbesondere zugunsten kleinerer und mittlerer Betriebe;



die Verstärkung der Verbindungen zwischen West-Berlin und West-Deutschland durch noch mehr Tagungen und Kongresse und durch noch mehr Besuche in dieser Stadt; verstärkte Berlin-Studienreisen westdeutscher Stadtverwaltungen und städtischer Betriebe.

Für Berlin sei es ein besonders erfreuliches Zeichen der Verbundenheit, sagte Willy Brandt, wenn sich die westdeutschen Städte noch stärker als bisher von dem Grundsatz leiten lassen, "daß Berlin kein Objekt der üblichen Konkurrenz sein kann, sondern daß wir hier alle mit uns selbst konkurrieren."

Mit Hilfe des deutschen Westens und der Freunde in aller Welt, ist das freie Berlin entschlossen, in naher Zukunft drei Aufgaben zu erfüllen:

Der Ausbau Berlins, bereits heute die größte Industriestadt, zur modernsten Industriestadt;  
Berlin soll Zentrum der deutschen Entwicklungshilfe werden.  
Ausbau Berlins als Wissenschafts- und Erziehungszentrum.

Berlin ist keine Aufgabe für die Berliner allein. Es ist eine Aufgabe aller in Freiheit lebenden Deutschen und damit im besten Sinne des Wortes eine nationale Aufgabe. In dieser Stadt wird sich das deutsche Schicksal erfüllen. Berlin ist aber auch der Prüfstein für den Friedenswillen und das Gestaltungsvermögen aller Mächte, die trotz allem in dieser Stadt Verantwortung für die Zukunft dieses Landes tragen. Aus dieser Verantwortung können sie nicht entlassen werden, bis das ganze, auf die Dauer urteilbare Berlin seine ursprüngliche und eigentliche, die Hauptstädtische Funktion wieder ganz übernommen hat.

#### SED an der Spitze

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung hatten Kommunalpolitiker und Stadtoberhäupter aus verschiedenen Ländern ihrer Sympathie für und ihrer Solidarität mit dem freien Berlin Ausdruck gegeben.

Die Tagung des Deutschen Städtetages in Berlin war nur eine von vielen, die in der Hauptstadt durchgeführt wurden. Was sie auszeichnete, war der erkennbare starke Wille zum solidarischen Verhalten zur praktischen Hilfe deutscher Gemeinden für Berlin. Wir können nur wünschen, daß dieses gute Beispiel jetzt und in Zukunft vielfache Nachahmung finden möge.

Wir schmelzen die Hilfe der Verantwortlichen in den westdeutschen Städten und Gemeinden - und zwar ohne Unterschied der politischen Bindungen - nicht, wenn wir mit Genugtuung vermerken, daß sozialdemokratische Kommunalpolitiker hier eine besondere Regsamkeit entwickelt haben.

Während die letzten Teilnehmer an der Veranstaltung des Deutschen Städtetages Berlin wieder verließen, konnten sie überall in dieser Stadt die Ankündigungen lesen, die unter dem Leitwort "Sozialdemokraten stehen zu Berlin" auf zahlreiche öffentliche Kundgebungen hinweisen, die in dieser Woche gelegentlich der Anwesenheit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in Berlin stattfinden und in welchen auch namhafte sozialdemokratische Kommunalpolitiker zur Bevölkerung sprechen werden.

\* \* \*